

HAKI e.V. | Westring 278 | 24116 Kiel | Büro 0431/170 90 | Beratung 0431/194 46 | Telefax 03222/996 28 84 | Mail post@haki-sh.de

Kiel, 25.10.2010

An den
Schleswig-Holsteinischen Landtag
- Innen- und Rechtsausschuß -
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1451**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen – Homophobie aktiv bekämpfen – 17/502.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der HAKI e.V.:

Carolina Koehn Kathrin Schmidt

Anlagen: Stellungnahme der HAKI e.V.

Hinweis: Zu der Stellungnahme gehören vier weitere Anlagen mit einem Gesamtumfang von 165 Seiten, die im Ausschussbüro - Zi. 138 zur Einsichtnahme bereit liegen:

1. "Wir wollen's wissen." - HAKI-Umfrage 2009
2. "Gewalterfahrung von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland" - MANEO-Umfrage 2006/2007
3. Lesben und Schwule in der Schule - respektiert!? Ignoriert?! - Synopse der GEW-Befragung der Kultusministerien
4. "Diversity Management - Zukunftsfähigkeit der Personalarbeit unter demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" - FU Berlin und Kienbaum Management Consultants GmbH, 2010

Bürozeiten: Di 9:00 bis 13:00 Uhr, Mi 15:00 bis 19:00 Uhr, Do. 9:00 bis 13:00 Uhr, im Internet: <http://www.haki-sh.de>

Bankverbindung: Kieler Volksbank, Kto.-Nr. 57 33 03 01, BLZ 210 900 07

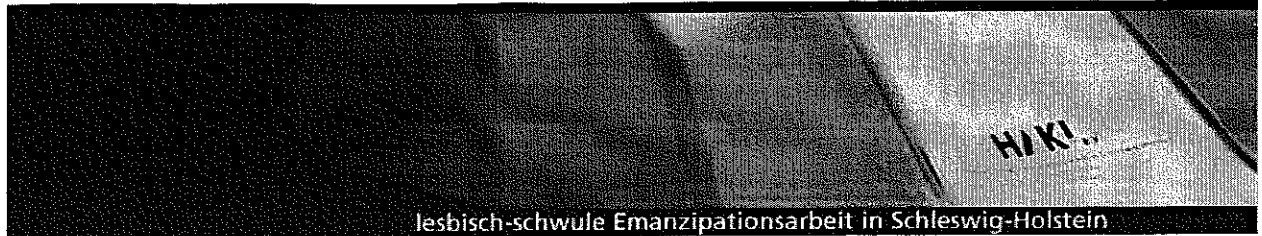
Pflichtangaben gem. EHUG:

Rechtsform: Eingetragener Verein, Sitz: Kiel, Vereinsregister: AG Kiel, Nr. 3028

Vertreten durch Carolina Koehn, Kiel | Hans-Joachim Schindler, Kiel | Katharina Schmidt, Kiel

Anerkannt als förderungswürdiger Träger der freien Jugendhilfe

Mitglied in: DPWV | Pumpe e.V. | Kieler Jugendring e.V. | Freunde eines Schwulen Museums in Berlin e.V.



HAKI e.V. | Westring 278 | 24116 Kiel | Büro 0431/170 90 | Beratung 0431/194 46 | Telefax 03222/996 28 84 | Mail post@haki-sh.de

STELLUNGNAHME ZUM ANTRAG DER FRAKTION BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Homophobie aktiv bekämpfen

17/502 – 27.04.2010

SITUATION IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Situation in Schleswig-Holstein hat sich für Lesben, Schwule und Transgender in den vergangenen Jahrzehnten grundsätzlich positiv entwickelt. Ausgehend von bestehenden rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungen haben Projekte der schwul-lesbischen Bürgerrechtsbewegung seit Beginn der 1970er-Jahre eine Reihe von Verbesserungen erkämpft, Freiräume gestaltet und damit zu einer gesamtgesellschaftlich höheren Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen beigetragen.

Maßgeblich beteiligt waren schwul-lesbische Initiativen und Projekte, die seit Mitte der 1970er Jahre in Schleswig-Holstein mit Aufklärungsarbeit, Provokation und in der Regel ehrenamtlichem Engagement gegen gesellschaftlichen Diskriminierung, Gewalttätigkeit, rechtliche Benachteiligung und Strafbarkeit homosexueller Handlungen gearbeitet haben und sich für Schutzräume, gesellschaftliche Teilhabe und Respekt eingesetzt haben.

Erst mit der öffentlichen Förderung ihrer Arbeitsziele haben diese Initiativen Erfolge erzielen können und dazu beigetragen, dass sich das Klima für Lesben, Schwule und Transgender in Schleswig-Holstein grundsätzlich verbessern konnte. Öffentliche Förderung als politische Willenserklärung hat dabei eine große Bedeutung für die Integration von Lesben, Schwulen und Transgendern in die schleswig-holsteinische Gesellschaft gehabt - und hat sie immer noch.

Zur Zeit engagieren sich in Schleswig-Holstein noch drei vom Land Schleswig-Holstein geförderte Projekte für schwul-lesbische Emanzipation, gegen Diskriminierung und für gleichgestellte gesellschaftliche Teilhabe. Mit Fachtagungen zum gesamten Themenbereich sexuelle Orientierung, Fortbildungsveranstaltungen für MultiplikatorInnen, PädagogInnen

Bürozeiten: Di 9:00 bis 13:00 Uhr, Mi 15:00 bis 19:00 Uhr, Do. 9:00 bis 13:00 Uhr

Bankverbindung: Kieler Volksbank, Kto.-Nr. 57 33 03 01, BLZ 210 900 07

Rechtsform: Eingetragener Verein, Sitz: Kiel, Vereinsregister: AG Kiel, Nr. 3028

Vertreten durch Carolina Koehn, Kiel | Hans-Joachim Schindler, Kiel | Katharina Schmidt, Kiel

Anerkannt als förderungswürdiger Träger der freien Jugendhilfe

Mitglied in: DPWV | Pumpe e.V. | Kieler Jugendring e.V. | Freunde eines Schwulen Museums in Berlin e.V. | Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein | Dachverband Lesben und Alter

und BeraterInnen, die Etablierung des landesweiten Veranstaltungs- und Informationsmediums HAJO, die beiden größten Bibliotheken des Landes mit schwul-lesbischer (Fach-) Literatur, Newsletter für Fachberatungsstellen, Gruppen für schwul-lesbische Jugendliche, den Arbeitskreis SOS, Beratungstelefone und jährlich gesellschaftsrelevante neue Schwerpunktthemen tragen donna klara (Kiel), NaSowas (Lübeck) und die HAKI (Kiel) fachlich fundiert zu Vielfalt und Integration bei.

Auch wenn sich die Integration von Lesben, Schwulen und Transgendern aus Sicht der HAKI e.V. im vergangenen Jahrzehnt verbessert hat, so ist doch eine völlige gesellschaftliche Akzeptanz immer noch nicht erreicht. Noch immer wird das Klima im Land als ‚neutral bis gut‘ eingestuft, die Akzeptanz scheint jedoch wieder leicht abzunehmen¹.

Ein Outing in Familie und Freundeskreis erscheint vielen Betroffenen heute kaum als ein Problem, wohingegen in den Lebensbereichen Familie und Glaubensgemeinschaften weiterhin große Hürden vorhanden sind.

Gewalterfahrungen – von Mobbing bis hin zur Vergewaltigung – sind Ereignisse, mit denen Schwule, Lesben und Transgender in allen Lebensbereichen ausgesetzt sind – wenn auch nur 10% aller Teilnehmer der HAKI-Umfrage 2009 davon betroffen waren. Die meisten TeilnehmerInnen der HAKI-Umfrage waren aus Angst vor Diskriminierung am Arbeitsplatz nicht geouted.

In den Städten Kiel, Flensburg und Lübeck (sowie dem benachbarten Hamburg) ist die Lebenssituation für Lesben, Schwule und Transgender aufgrund einer intakten Infrastruktur von Beratungsstellen, Kommunikationszentren, Coming-Out-Gruppen und Jugendgruppen besser als im ländlichen Bereich. Hier sind Angebote in den Unterzentren nach wie vor nicht vorhanden, eine Anreise in die Städte (mit Entfernungen von 60 km und mehr) wird als unzumutbar gesehen. De facto findet lesbisch-schwules Leben in den ländlichen Bereichen nicht statt.

Verbesserungen hat es in den vergangenen 15 Jahren in den Schulen gegeben, allerdings sind nach wie vor LehrerInnen im Sexualkundeunterricht mit der Thematik ‚Homosexualität‘ überfordert. Oft genug wird das Thema daher bei Zeitmangel ausgespart. ‚Schwule Sau‘ ist nach wie vor das häufigste Schimpfwort auf schleswig-holsteinischen Schulhöfen.

MÖGLICHE MAßNAHMEN

GEZIELTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit sollte ein zentrales Element der Politik für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgendern bleiben. Mit niedrigschwelligen Medien wie dem HAJO, Plakataktionen und dem Halbjahresheft ‚sappho + klara‘ von donna klara ist dabei das Instrumentarium bereits vorhanden.

Informationskampagnen sollten sich dabei zusätzlich direkt an Jugendliche wenden, um dem schwulenfeindlichen Klima in Schulen entgegenzutreten. Dabei sollten aus unserer Sicht auch neue Medien mit einbezogen werden.

Innerhalb der öffentlichen Verwaltungen erscheint uns eine weitere Informationskampagne nötig. Unser Erfahrung nach (und dies wird von der HAKI-Umfrage belegt) sind beispielsweise bei Gleichstellungsbeauftragten die schwul-lesbischen Projekte und ihre Beratungsangebote nur wenig bekannt. Gleichstellungspolitik wird viel zu wenig als Querschnittsaufgabe begriffen.

Die Polizei in Schleswig-Holstein ist für Lesben, Schwule und Transgender als Ansprechpartnerin nahezu unsichtbar. Während die Landespolizei sich auf ihrer Internetseite² eingehend den Themen Einbruchsschutz und Verkehrsprävention widmet findet das Thema „Gewalt gegen Schwule und Lesben“ nicht statt. Unsichtbare Gewaltprävention ist keine Gewaltprävention. Durchaus vorhandene AnsprechpartnerInnen bei der Polizei müssen bekannt gemacht werden, um effektiv wahrgenommen zu werden und damit einen Beitrag zu Prävention und Opferschutz leisten zu können.

Die HAKI empfinde ein sichtbares Zeichen für eine ‚Zero Tolerance‘-Politik als hilfreich.

Nur öffentlich geächtete Gewalt gegen Schwule und Lesben kann dazu beitragen, mittelfristig das gesamtgesellschaftliche Klima zu verändern und damit langfristig eine Anti-Gewalt-Arbeit überflüssig zu machen.

KINDERGÄRTEN, SCHULEN UND JUGENDARBEIT

In Bildungseinrichtungen soll sich die gesellschaftliche Realität vollständig abbilden – eine längst fällige Konsequenz der Politik zur rechtlichen Gleichstellung von Schwulen, Lesben und Transgendern. Gleichzeitig ist die Arbeit in Kindergärten und Schulen die effektivste Präventionsarbeit zum Thema Homophobie in dieser Altersgruppe.

Aktive Weiterbildung von KindergärtnerInnen und Lehrkräften mit Vorbereitungen in Studium, Weiterbildung und Unterrichtsmaterialien sollte der anzutreffenden ‚völligen Überforderung‘ entgegenwirken. Gerade LehrerInnen, die seit einigen Jahren im Beruf stehen, müssen im Hinblick auf Themen der sexuellen Orientierung Weiterbildungen ermöglicht werden. Zur Zeit sind die Anbieter dieser Weiterbildungen (wie zum Beispiel die ProFamilia oder die Beratungsstelle NaSowas) vollkommen überbucht und an ihrer Kapazitätsgrenze. Durch ehrenamtliche Projekte können diese Weiterbildungen aufgrund der Arbeitszeitproblematik kaum aufgefangen werden. Eine institutionalisierte Stelle zur Weiterbildung wäre daher zielführend.

Kinder aus ‚Regenbogen-Familien‘ (also mit schwulen / lesbische Elternpaaren) sind auf ein besonderes Klima der Toleranz und Akzeptanz angewiesen. Schulen und Kindergärten sollten angehalten werden, sich Schimpfwörtern und Verunglimpfungen konsequent entgegenzustellen.

Um Jugendlichen Lesben und Schwulen nötige Unterstützung zu Teil werden zu lassen sollten Jugendhilfeträger zur Schaffung von schwul-lesbischen Angeboten verpflichtet werden. Wünschenswert wäre eine Aufnahme schwul-lesbischer Jugendarbeit ins JuFöG-SH.

LEHRPLÄNE

Nach wie vor ist die Thematisierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien aus unserer Sicht nur unzureichend verankert. An den Inhalten der Untersuchung der GEW³ aus dem Jahre 2002 in puncto Schulgesetz, Lehrinhalte, Zusammenarbeit mit Projekten, Medien sowie Unterstützung für SchülerInnen und LehrerInnen im Falle von Diskriminierung hat sich kaum etwas verändert. Zur Verbesserung der Situation innerhalb der Schulen könnte aus unserer Sicht eine verstärkte, regelmäßige und institutionalisierte Kooperation mit den Projekten der lesbisch-schwulen Emanzipationsarbeit beitragen.

Ebenso wie verpflichtende ‚Erste Hilfe‘-Kurse könnten ‚Anti-Homophobie‘-Kurse dazu beitragen, das Klima zugunsten von Lesben, Schwulen und Transgendern weiter zu verbessern.

GEWALT

Nach einer Umfrage des Berliner Projektes ‚Maneo‘ (in der 37.000 Schwule online befragt wurden) haben 13,7 % aller schwulen Männer in Schleswig-Holstein Gewalterfahrungen. Die ‚Maneo‘-Umfrage⁴ stellt das einzige zur Zeit belastbare Zahlenmaterial zum Themenkreis ‚Homophobie und Gewalt‘ dar. Auch wenn uns Zahlen der Polizei Schleswig-Holstein nicht vorliegen geht die HAKI von einem zumindest ähnlichen Umfang im Lande aus.

Zum Thema ‚Gewalt gegen Lesben‘ liegen uns keine Zahlen vor – dieser Themenkomplex spielte auch in unserer Umfrage nur eine geringe Rolle im familiären Umfeld.

Aus unserer Sicht besteht großer Handlungsbedarf, um mit belastbaren, für das Land Schleswig-Holstein verfügbaren Zahlen auf die weiterhin hohe Zahl an schwulenfeindlichen Gewalttaten zu reagieren. Hochgerechnet betrifft schwulenfeindliche Gewalt eine Gruppe von ca. 200.000 Männern in Schleswig-Holstein. Es kann nicht sein, dass die Betroffenen Gewalttaten nicht zur Anzeige bringen, weil sie Angst vor erneuter Homophobie haben.

Aus unserer Sicht sollten Polizei und Landesregierung Gewalttaten gegen Schwule entschlossen entgegnetreten, mit einer Aufklärungskampagne AnsprechpartnerInnen benennen und mit strikter Positionierung ein Signal gegenüber homophoben Gewalttätern setzen.

BERATUNGSSTRUKTUREN

In den Städten Kiel, und Lübeck sind Beratungsstrukturen (teils professionell, teils ehrenamtlich) für Schwule, Lesben und Transgender vorhanden. Dagegen ergibt sich für die ländlichen Räume ein Bild der krassen Unterversorgung, so dass Anreisezeiten von bis zu mehreren Stunden zu einer Beratungsstelle notwendig sind.

Dabei sind Beratungsstellen für Lesben, Schwule und Transgender wichtig um Diskriminierungen aktiv zu bekämpfen, zu einem Klima der Toleranz beizutragen und soziale Ausgrenzungen mit eventuellen psychosozialen Folgen zu verhindern.

Hier sollte sich aus unserer Sicht das Land Schleswig-Holstein für einen flächendeckenden Ausbau schwul-lesbischer Beratungsstellen einsetzen. Wo dies nicht möglich oder nicht sinnvoll erscheint könnte die Schulung von AnsprechpartnerInnen in bestehenden Beratungsstellen eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur ergeben. Die bestehenden Beratungsstellen könnten mit ihrem Wissen dazu beitragen, diesen Prozess zu unterstützen. Dieses Know-How ist dabei essentiell und gilt bewahrt zu werden.

Die bestehenden Beratungsstrukturen decken dabei verschiedene Bereiche ab und ergänzen sich.

Um bestehende Lücken im Beratungsangebot in ländlichen Gebieten zu schließen sollte aus unserer Sicht Beratung für Schwule, Lesben und Transgender landesweit in größerem Umfang beworben werden, die Angebote stärker innerhalb der Kommunen und Landkreise verankert werden und die finanzielle Ausstattung der Beratungsstellen gesichert werden.

Mit der Gewinnung von AnsprechpartnerInnen und MultiplikatorInnen in ländlichen Räumen könnte aus unserer Sicht ebenfalls ein Beitrag zum Lückenschluß des Beratungsangebotes ermöglicht werden.

DIVERSITY

Diversity-Management bietet gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile und ermöglicht Lesben, Schwulen und Transgendern, sich selbst als Bereicherung zu begreifen. Gleichzeitig wird Diversity-Management auch im Bereich Human Resources als Bedingung für

wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit begriffen.⁵ Ein aktives, vom Land Schleswig-Holstein gefördertes Diversity-Management könnte aus Sicht der HAKI dazu beitragen, die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein zu sichern.

Dazu gehört es aus unserer Sicht, die Produktivitätsvorteile in Zusammenarbeit mit der IHK und der WTSH zu kommunizieren und in Form einer landesweiten Kampagne in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung umzusetzen.

Diese Maßnahme ist – wenn Fördermittel an vorhandenes Diversity Management geknüpft werden – relativ kostengünstig und effizient umzusetzen.

SPORT

Sportverbände beginnen erst damit, sich mit dem Thema Homosexualität auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung gilt es von Seiten des Landes Schleswig-Holstein zu fördern, indem Akzeptanzkampagnen zugunsten schwuler, lesbischer oder transgener-SportlerInnen unterstützt werden und ggf. die Sportförderung an solche Kampagnen geknüpft werden.

AKTIONSPLAN

Einzelmaßnahmen entfalten aus Sicht der HAKI erst in einem Gesamtpaket die volle Wirksamkeit in der Gesellschaft und in den Maßnahmebereichen. Daher empfehlen wir, vorgeschlagene Handlungsfelder in einem Landesaktionsplan zu bündeln.

Kiel, 25. Oktober 2010

Für den Vorstand der HAKI e.V.:

Carolina Koehn | Kathrin Schmidt

¹ 'Wir wollen's wissen.' - HAKI e.V., Kiel 2010

² https://www.polizei.schleswig-holstein.de/internet/DE/VorbeugungBeratung/VorbeugungBeratung__node.html

³ Lesben und Schwule in der Schule – respektiert!? Ignoriert!? Eine Synopse der GEW-Befragung der Kultusministerien. Frankfurt, 2002. http://www.schwulelehrer.de/info/dokumente/info_02.pdf

⁴ <http://www.maneo-toleranzkampagne.de/umfrage-bericht1.pdf>

⁵ http://www.master.fu-berlin.de/gediko/ressourcen/Materialien/Praxistag_Pr__sentation-K__tter.pdf